



**Stadtratsfraktion
Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / BAYERNPARTEI**

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 21.10.2014

ANTRAG

Platznot in Flüchtlingsunterkünften lindern

Dem Stadtrat wird dargestellt:

- Wie viele Asylbewerber, deren Anträge bereits letztinstanzlich abgelehnt wurden, leben derzeit in der LH München?
- Wo sind diese „vollziehbar ausreisepflichtigen Personen“ untergebracht? Wie viele leben in städtischen oder städtisch finanzierten Unterkünften?
- Aus welchen Gründen wird ihr weiterer Aufenthalt geduldet?
- Welche Maßnahmen hat die Landeshauptstadt bereits ergriffen und was könnte sie noch unternehmen, um in Zusammenarbeit mit dem Freistaat Bayern dafür zu sorgen, dass die Plätze in Flüchtlingsunterkünften wirklich an die Personen vergeben werden, die darauf Anspruch haben?

Begründung:

Asyl und Zuwanderung sind streng zu trennen. Die Zahl der tatsächlich Asylberechtigten ist derart gering, dass wir weiterhin jeden wirklich Verfolgten aufnehmen können, ohne uns zu überheben. Das Bayerische Staatsministerium des Inneren schreibt auf ihrer Internetseite:

„Im Jahr 2013 hatten 24,9 Prozent aller Asylanträge Erfolg, wobei die Erfolgsquote je nach Herkunftsland sehr unterschiedlich ist. Von einem Flüchtling kann man nur dann sprechen, wenn sein Asylantrag erfolgreich war.“¹

Damit beträgt die Ablehnung 75,1 %! Viele der Asylbewerber, deren Anträge final abgelehnt wurden und die dadurch ausreisepflichtig sind, halten sich jedoch weiterhin in Deutschland auf, nach Medienberichten sind dies bis zu 145.000 Personen. Auch in der Landeshauptstadt leben etliche davon offenbar weiterhin in staatlichen und städtischen Unterkünften, obwohl ihnen dies nicht mehr zusteht.

In Zeiten der akuten Platznot in Flüchtlingseinrichtungen, in denen neu ankommenden Flüchtlingen teilweise nicht einmal mehr Schlafplätze zur Verfügung gestellt werden können, darf es nicht sein, dass die wenigen zur Verfügung stehenden Plätze von Personen belegt werden, von denen bereits feststeht, dass sie keinen Anspruch darauf haben.

Initiative: **Richard Progl**

weitere Fraktionsmitglieder: Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Ursula Sabathil

¹ www.stmi.bayern.de/suk/asylmigration/asyl/index.php